

Weiterbildungsordnung der Landeskammer für Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten Hessen in der Fassung der Änderung vom 26. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt A: Paragrapheinteil.....	5
§ 1 Ziel und Struktur	5
§ 2 Bereiche	5
§ 3 Art, Inhalt, Dauer und zeitlicher Ablauf der Weiterbildung	6
§ 4 Abschluss der Weiterbildung, Qualifikation	6
§ 5 Führen von Zusatzbezeichnungen	6
§ 6 Befugnis und Anerkennung	7
§ 7 Auflagen, Widerruf der Befugnis und Anerkennung	7
§ 8 Dokumentation und Evaluation.....	8
§ 9 Zeugnisse	8
§ 10 Anerkennung von Zusatzbezeichnungen.....	8
§ 11 Prüfungsausschuss.....	9
§ 12 Mündliche Prüfung	9
§ 13 Prüfungsentscheidung	10
§ 14 Wiederholungsprüfung.....	10
§ 15 Übergangsregelungen.....	10
§ 16 Anerkennung ausländischer Weiterbildung	11
§ 17 Widerruf der Zusatzbezeichnung.....	11
§ 18 In-Kraft-Treten	12
Abschnitt B: Bereiche	13
Klinische Neuropsychologie.....	13
1. Definition.....	13
2. Weiterbildungsziel	13
3. Voraussetzung zum Erwerb der Bezeichnung.....	13
4. Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit.....	13
5. Weiterbildungsinhalte.....	14
5.1 <i>Theoretische Weiterbildung:</i>	14
5.2 <i>Klinische Tätigkeit</i>	14
5.3 <i>Supervision</i>	15
6. Zeugnisse, Nachweise und Prüfung	15
7. Weiterbildungsbefugnis.....	15

7.1	<i>Befugnis für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit</i>	15
7.2	<i>Befugnis für den Weiterbildungsteil Supervision</i>	16
7.3	<i>Befugnis für den Weiterbildungsteil Theorie</i>	16
8.	Anforderungen an Weiterbildungsstätten.....	16
8.1	<i>Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit</i>	16
8.2	<i>Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Theorie</i>	18
9.	Übergangsregelung	18
10.	Anrechnungsmöglichkeiten nach § 3 Abs. 6 WBO	18
	Gesprächspsychotherapie	20
1.	Definition.....	20
2.	Weiterbildungsziel	20
3.	Voraussetzungen.....	20
4.	Bestandteile der Weiterbildung	20
5.	Weiterbildungsinhalte.....	21
5.1	<i>Ziele und Inhalte der theoretischen Weiterbildung</i>	21
5.2	<i>Ziele und Inhalte der praktischen Weiterbildung</i>	21
5.3	<i>Ziele und Inhalte der Supervision</i>	22
5.4	<i>Ziele und Inhalte der Selbsterfahrung</i>	22
6.	Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen	22
7.	Weiterbildungsbefugnisse	22
7.1	<i>Befugnis für den Weiterbildungsteil Supervision</i>	22
7.2	<i>Befugnis für den Weiterbildungsteil Theorie und praktische Weiterbildung</i>	23
7.3	<i>Befugnis für den Weiterbildungsteil Selbsterfahrung</i>	23
8.	Anforderungen an Weiterbildungsstätten	23
8.1	<i>Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit</i>	23
8.2	<i>Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Theorie</i>	23
	Systemische Therapie	24
1.	Definition.....	24
2.	Weiterbildungsziel	24
3.	Voraussetzungen (Eingangsvoraussetzungen)	24
4.	Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit.....	24
5.	Weiterbildungsinhalte.....	25
5.1	<i>Theoretische Weiterbildung</i>	25
5.2	<i>Praktischen Weiterbildung</i>	25
5.3	<i>Supervision</i>	26
5.4	<i>Selbsterfahrung</i>	26
5.5	<i>Intervision/Peergroup</i>	26
6.	Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen	26

7.	Weiterbildungsbefugnisse	26
8.	Anforderungen an Weiterbildungsstätten	27
8.1	<i>Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit</i>	27
8.2	<i>Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Theorie</i>	27
	Spezielle Schmerzpsychotherapie	28
1.	Definition.....	28
2.	Weiterbildungsziel	28
3.	Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit	28
4.	Weiterbildungsinhalte.....	29
4.1	<i>Theoretische Weiterbildung</i>	29
4.1.1	<i>Allgemeine Grundlagen (mind. 44 Stunden)</i>	29
4.1.2	<i>Weiterbildungsinhalte spezifisch für den Altersbereich „Erwachsene“ (mind. 36 Stunden)</i>	29
4.1.3	<i>Weiterbildungsinhalte spezifisch für den Altersbereich „Kinder und Jugendliche“ (mind. 36 Stunden)</i>	30
4.2	<i>Praktische Weiterbildung</i>	31
4.3	<i>Supervision (mindestens 20 Stunden à 45 Min.)</i>	31
4.4	<i>Falldokumentationen</i>	32
4.5	<i>Schmerzkonferenzen</i>	32
5.	Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen	32
5.1	<i>Antragstellung</i>	32
5.2	<i>Prüfung</i>	32
6.	Anforderungen an Weiterbildungsstätten.....	32
7.	Übergangsbestimmungen.....	33
	Sozialmedizin	34
1.	Definition.....	34
2.	Weiterbildungsziel	34
3.	Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit	34
4.	Weiterbildungsinhalte.....	34
4.1	<i>Theoretische Weiterbildung</i>	34
4.1.1	<i>Übergreifende Inhalte der Zusatzweiterbildung Sozialmedizin</i>	34
4.1.2	<i>Soziale Sicherungssysteme und Versorgungsstrukturen</i>	34
4.1.3	<i>Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation</i>	35
4.1.4	<i>Arbeitsmedizinische und arbeitspsychologische Grundlagen</i>	35
4.1.5	<i>Sozialmedizinische Begutachtung</i>	35
4.1.6	<i>Beurteilungskriterien bei ausgewählten Krankheitsgruppen</i>	35
4.2	<i>Praktische Weiterbildung</i>	35
4.3	<i>Supervision (18 Stunden à 45 Min.)</i>	36
4.4	<i>Begutachtungen</i>	36

4.4.1	Gutachtenerstellung mit Aktensichtung und Befragung/Untersuchung (je 6 Leistungspunkte)	36
4.4.2	Befundberichte mit sozialrechtlich wesentlicher Bewertung bzw. mit Beantwortung einer entsprechenden Fragestellung (je 2 Leistungspunkte)	36
4.4.3	Stellungnahmen (je 1 Leistungspunkt).....	36
4.4.4	Begriffsbestimmungen zu den unterschiedlichen Begutachtungen.....	36
5.	Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen	37
6.	Anforderungen an Weiterbildungsstätten.....	37
7.	Übergangsbestimmungen.....	37

Abschnitt A: Paragrahenteil

§ 1 Ziel und Struktur

(1) Die Psychotherapie stellt einen einheitlichen Tätigkeitsbereich dar. Mit der Approbation erlangen Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten die Erlaubnis, uneingeschränkt auf dem Gebiet der Psychotherapie tätig zu werden. Weiterbildung für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Sinne dieser Ordnung führt zu Zusatzbezeichnungen in Bereichen, auf die sich der weitergebildete Psychotherapeut¹ grundsätzlich nicht beschränken muss und die Psychotherapeuten ohne Zusatzbezeichnung nicht von einer Tätigkeit in diesem Kompetenzfeld ausschließen.

(2) Ziel der Weiterbildung ist der geregelte Erwerb eingehender und besonderer Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten für definierte psychotherapeutische Tätigkeiten nach Abschluss der Berufsausbildung.

(3) Die Weiterbildung erfolgt im Rahmen praktischer Berufstätigkeit und theoretischer Unterweisung unter Anleitung zur Weiterbildung befugter Psychotherapeuten.

(4) Durch den erfolgreichen Abschluss der Weiterbildung in Bereichen werden eingehende und besondere Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten nachgewiesen, welche zur Ankündigung einer speziellen psychotherapeutischen Tätigkeit durch Führen einer Zusatzbezeichnung in einem Bereich nach Maßgabe dieser Weiterbildungsordnung berechtigen.

§ 2 Bereiche

Ein Bereich im Sinne des § 26 Hessisches Heilberufsgesetz und dieser Weiterbildungsordnung ist entweder

1. ein zeitlich nach dem Inkrafttreten des PsychThG wissenschaftlich anerkanntes psychotherapeutisches Verfahren im Sinne des § 11 PsychThG, oder

2. ein psychotherapeutisches Anwendungsfeld, für das mindestens die folgenden vier Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

a) Es besteht nachweislich epidemiologischer Studien für dieses Anwendungsfeld ein erheblicher Behandlungsbedarf.

b) Es liegen in bedeutendem Umfang (neue) wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zur Diagnostik und Behandlung von Störungen dieses Anwendungsfeldes vor.

c) Die Diagnostik und Behandlung von Störungen dieses Anwendungsfeldes erfordern umfassende, spezifische Kenntnisse und Erfahrungen, die über das in der Ausbildung erworbne Ausmaß deutlich hinausgehen.

¹ In der Weiterbildungsordnung steht die Bezeichnung Psychotherapeut sowohl für Psychologische Psychotherapeuten als auch für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Soweit die männliche Form benutzt wird, gilt sie in gleicher Weise für weibliche Personen.

d) Es handelt sich um ein Anwendungsfeld, das außerhalb des Diagnosespektrums der Kapitel F1 bis F9 des ICD-10 liegt.

Spezialisierungen auf einzelne psychische Störungen stellen keinen Bereich für eine Weiterbildung dar.

§ 3 Art, Inhalt, Dauer und zeitlicher Ablauf der Weiterbildung

(1) Mit der Weiterbildung kann erst nach Erteilung der Approbation oder Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung des Berufs eines Psychologischen Psychotherapeuten oder eines Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten begonnen werden.

(2) Die Weiterbildung muss gründlich und umfassend sein. Sie umfasst insbesondere den Erwerb besonderer Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in der Vorbeugung, Verhütung, Erkennung und Behandlung von Störungen mit Krankheitswert, einschließlich der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt, die Begutachtung, die notwendigen Maßnahmen der Rehabilitation und die Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

(3) Dauer, Struktur und Inhalt der Weiterbildung regelt Abschnitt B dieser Weiterbildungsordnung. Die dort angegebenen Weiterbildungszeiten und Weiterbildungsinhalte dürfen nicht unterschritten werden. Eine Unterbrechung der Weiterbildung in Folge von Krankheit, Schwangerschaft, Sonderurlaub, Wehr- und Zivildienst und Ähnlichem kann grundsätzlich nicht auf die Weiterbildungszeit angerechnet werden, es sei denn, die Unterbrechung dauerte weniger als sechs Wochen im Jahr.

(4) Die Weiterbildung kann sowohl in Vollzeit als auch in Teilzeit oder berufsbegleitend durchgeführt werden. Das Nähere regelt Abschnitt B dieser Weiterbildungsordnung.

(5) Durchführung von Patientenbehandlungen im Rahmen der Weiterbildung ist in eigener Praxis möglich, soweit das Weiterbildungsziel dadurch nicht gefährdet wird.

(6) Hat ein Psychotherapeut Tätigkeitszeiten und/oder Tätigkeitsinhalte während seiner Berufsausbildung nachgewiesen, die den Anforderungen dieser Weiterbildungsordnung genügen, so können diese auf die Weiterbildung angerechnet werden. Näheres regelt der Abschnitt B.

§ 4 Abschluss der Weiterbildung, Qualifikation

Die Urkunde über eine erfolgreich abgeschlossene Weiterbildung in einem Bereich bescheinigt die eingehenden und besonderen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten, die Inhalt dieses Bereiches sind.

§ 5 Führen von Zusatzbezeichnungen

Eine Zusatzbezeichnung in einem Bereich darf nur zusammen mit der Berufsbezeichnung „Psychologische Psychotherapeutin“/„Psychologischer Psychotherapeut“ oder „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin“/„Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“ bzw. „Psychotherapeutin“/„Psychotherapeut“ geführt werden.

§ 6 Befugnis und Anerkennung

(1) Die Weiterbildung in den Bereichen wird unter verantwortlicher Leitung der von der Kammer befugten Psychotherapeuten in anerkannten Weiterbildungsstätten durchgeführt.

(2) Als Weiterbildungsstätten kommen die nach § 6 PsychThG anerkannten Ausbildungsstätten, Einrichtungen der Hochschulen, Abteilungen von Krankenhäusern, Kliniken oder Rehabilitationseinrichtungen oder sonstige Einrichtungen oder Praxen in Betracht. Weiterbildungsstätten können für die im Abschnitt B unterschiedenen Teile der Weiterbildung anerkannt werden.

(3) Für die Anerkennung einer Weiterbildungsstätte ist maßgebend, inwieweit sie die im Abschnitt B gestellten zeitlichen, inhaltlichen, personellen und materiellen Anforderungen erfüllen kann. Veränderungen in Struktur und Größe der Weiterbildungsstätte sind von dem dort tätigen, zur Weiterbildung befugten Psychotherapeuten unverzüglich anzuzeigen.

(4) Für die Weiterbildung in einem Bereich können Kammermitglieder befugt werden, welche die entsprechende Zusatzbezeichnung selber führen, mindestens fünf Jahre in dem Bereich tätig waren sowie fachlich und persönlich geeignet sind. Bereichsspezifische Voraussetzungen werden in Abschnitt B festgelegt.

(5) Die Befugnis zur Weiterbildung ist auf sieben Jahre befristet. Sie wird auf Antrag verlängert, wenn die Voraussetzungen weiter bestehen und eine kontinuierliche Fortbildung in dem Bereich nachgewiesen wird.

(6) Der befugte Psychotherapeut ist verpflichtet, die Weiterbildung persönlich zu leiten sowie zeitlich und inhaltlich entsprechend dieser Weiterbildungsordnung zu gestalten. Wird die Befugnis mehreren Psychotherapeuten gemeinsam erteilt, so trifft die Verpflichtung nach Satz 1 jeden einzelnen.

(7) Die Befugnis wird auf Antrag erteilt. Der Antrag stellende Psychotherapeut hat den Bereich sowie die Weiterbildungsteile, für die die Befugnis beantragt wird, näher zu bezeichnen.

(8) Gleiches gilt für die Anerkennung als Weiterbildungsstätte. Dem Antrag der Weiterbildungsstätte auf Anerkennung ist ein gegliedertes und curricular aufgebautes Weiterbildungsprogramm für die Bereiche oder Weiterbildungsteile, für die die Anerkennung beantragt wird, beizufügen.

(9) Die Kammer führt ein Verzeichnis der zur Weiterbildung befugten Psychotherapeuten und der anerkannten Weiterbildungsstätten, aus dem der Umfang der Befugnis/Anerkennung ersichtlich ist.

§ 7 Auflagen, Widerruf der Befugnis und Anerkennung

(1) Die Kammer kann die Befugnis oder Anerkennung mit den für eine ordnungsgemäße Weiterbildung erforderlichen Auflagen versehen.

(2) Die Befugnis oder Anerkennung ist ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn oder soweit ihre Voraussetzungen nicht gegeben waren oder nicht mehr gegeben sind, insbesondere,

- wenn ein Verhalten vorliegt, das die fachliche und/oder persönliche Eignung des Weiterbildungsbefugten ausschließt oder

- wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die in Abschnitt B dieser Weiterbildungsordnung an den Inhalt der Weiterbildung gestellten Anforderungen nicht oder nicht mehr erfüllt werden können.

(3) Die Befugnis zur Weiterbildung endet mit der Beendigung der Tätigkeit an der Weiterbildungsstätte oder mit deren Auflösung.

§ 8 Dokumentation und Evaluation

(1) Die einzelnen Weiterbildungsteile sind vom Teilnehmer schriftlich zu dokumentieren und von dem zur Weiterbildung Befugten zu bestätigen.

(2) Die Weiterbildungseinrichtung hat ihr Weiterbildungsangebot angemessen zu evaluieren. Die Dokumentations- und Evaluationsunterlagen sind der Kammer auf Verlangen zur Einsicht zu überlassen.

§ 9 Zeugnisse

(1) Der befugte Psychotherapeut hat den in Weiterbildung befindlichen Psychotherapeuten über die unter seiner Verantwortung abgeleistete Weiterbildungszeit spätestens drei Monate nach Beendigung der Weiterbildung ein Zeugnis auszustellen, das die erworbenen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten darlegt und zur Frage der fachlichen Eignung Stellung nimmt. Das Zeugnis muss im Einzelnen Angaben enthalten über:

- die Dauer der abgeleisteten Weiterbildungszeit, Unterbrechungen der Weiterbildung durch Krankheit, Schwangerschaft, Sonderurlaub, Wehr- und Zivildienst und Ähnliches
- die in dieser Weiterbildungszeit im Einzelnen vermittelten und erworbenen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten, die erbrachten psychotherapeutischen Leistungen in Diagnostik und Therapie sowie die sonstigen vermittelten Kenntnisse.

(2) Auf Antrag der in Weiterbildung befindlichen Psychotherapeuten oder auf Anforderung durch die Kammer ist nach Ablauf je eines Weiterbildungsjahres ein Zwischenzeugnis auszustellen, das den Anforderungen des Abs. 1 entspricht.

§ 10 Anerkennung von Zusatzbezeichnungen

(1) Eine Zusatzbezeichnung nach § 2 darf unter Beachtung von § 5 führen, wer nach abgeschlossener Weiterbildung die Anerkennung durch die Kammer erhalten hat. Die Anerkennung erfolgt durch Ausstellung einer Urkunde über das Recht zum Führen der Zusatzbezeichnung. Dem Antrag auf Anerkennung sind alle während der Weiterbildung ausgestellten Zeugnisse und Nachweise beizufügen.

(2) Die Anerkennung einer Zusatzbezeichnung erfolgt aufgrund der vorgelegten Zeugnisse und Nachweise sowie einer mündlichen Prüfung. Ausnahmen regelt Abschnitt B dieser Weiterbildungsordnung.

§ 11 Prüfungsausschuss

- (1) Die Kammer bildet für jeden Weiterbildungsbereich zur Durchführung der Prüfung einen Prüfungsausschuss. Die Prüfung kann auch in Zusammenarbeit mehrerer Psychotherapeutenkammern durchgeführt werden.
- (2) Die Mitglieder eines Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter werden durch den Kammervorstand bestimmt. Die Reihenfolge, in der Stellvertreter tätig werden, ist dabei festzulegen. Der Vorstand bestimmt die Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse.
- (3) Der Prüfungsausschuss entscheidet in der Besetzung mit mindestens drei Psychologischen Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, von denen mindestens zwei über eine Weiterbildungsbefugnis für den zu prüfenden Bereich verfügen müssen. Selbsterfahrungsleiter der zu prüfenden Kandidaten können nicht als Prüfer tätig sein. Der Prüfungsausschuss beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses entscheiden unabhängig und sind an Weisungen nichtgebunden.
- (4) Die Bestellung der Mitglieder, ihrer Stellvertreter und des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erfolgt für die Dauer von fünf Jahren.

§ 12 Mündliche Prüfung

- (1) Die Kammer setzt im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses den Termin der mündlichen Prüfung fest. Der Antragsteller wird zu dem festgesetzten Termin mit einer Frist von mindestens zwei Wochen eingeladen.
- (2) Die Prüfung ist mündlich und soll für jeden Antragsteller 30 bis 45 Minuten dauern.
- (3) Die während der Weiterbildung erworbenen eingehenden und besonderen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten werden in einem Fachgespräch durch den Prüfungsausschuss geprüft. Die Prüfung kann sich auch auf die Prüfung psychotherapeutischer Fertigkeiten erstrecken. Der Prüfungsausschuss entscheidet aufgrund der vorgelegten Zeugnisse und des Prüfungsergebnisses, ob die vorgeschriebene Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen ist und die eingehenden und besonderen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in dem Bereich erworben sind.
- (4) Kommt der Prüfungsausschuss zu dem Ergebnis, dass der Antragsteller die vorgeschriebene Weiterbildung nicht erfolgreich abgeschlossen hat, so beschließt er, ob und ggf. wie lange die Weiterbildungszeit zu verlängern ist oder welche besonderen Anforderungen an diese verlängerte Weiterbildung zu stellen sind. Diese besonderen Anforderungen müssen sich auf die in der Prüfung festgestellten Mängel beziehen. Sie können die Verpflichtung enthalten, bestimmte Weiterbildungsinhalte abzuleisten, bestimmte psychotherapeutische Tätigkeiten unter Anleitung durchzuführen und Wissenslücken auszugleichen.
- (5) In geeigneten Fällen kann der Prüfungsausschuss als Voraussetzung für eine Wiederholungsprüfung anstelle der Verlängerung der Weiterbildung auch die Verpflichtung aussprechen, festgestellte Lücken in theoretischen Kenntnissen durch ergänzenden Wissenserwerb auszugleichen. Er legt hierzu eine Frist fest, die drei Monate nicht unterschreiten soll.
- (6) Bleibt der Antragsteller der Prüfung ohne ausreichenden Grund fern oder bricht er diese ohne ausreichenden Grund ab, gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(7) Über die Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden unterzeichnet wird. Sie muss enthalten:

- die Besetzung des Prüfungsausschusses
- den Namen des Geprüften
- den Prüfungsgegenstand
- die gestellten Fragen und Vermerke über die Beantwortung
- Ort, Beginn und Ende der Prüfung
- das Ergebnis der Prüfung
- im Falle des Nichtbestehens der Prüfung die vom Prüfungsausschuss gemachten Auflagen über Dauer und Inhalt der zusätzlichen Weiterbildung.

§ 13 Prüfungsentscheidung

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses teilt der Kammer das Ergebnis der Prüfung mit.

(2) Bei Bestehen der Prüfung stellt die Kammer dem Antragsteller eine Urkunde über das Recht zum Führen der Zusatzbezeichnung aus.

(3) Bei Nichtbestehen der Prüfung erteilt die Kammer einen mit Gründen versehenen Bescheid, der auch die vom Prüfungsausschuss beschlossenen Auflagen gemäß § 12 Abs. 4 und 5 enthält.

(4) Gegen den Bescheid der Kammer nach Abs. 3 ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben. Über den Widerspruch entscheidet die Kammer nach Anhörung des Prüfungsausschusses.

§ 14 Wiederholungsprüfung

Eine nicht erfolgreich abgeschlossene Prüfung kann frühestens nach drei Monaten wiederholt werden. Die Vorschriften der §§ 11 bis 13 gelten entsprechend. Die Prüfung kann zweimal wiederholt werden.

§ 15 Übergangsregelungen

(1) Soweit in Abschnitt B keine speziellen Regelungen getroffen sind, gelten die nachfolgenden allgemeinen Übergangsregelungen.

(2) Kammermitglieder, die vor In-Kraft-Treten der erstmaligen Normierung eines Bereiches nach Abschnitt B dieser Satzung in einem von ihm abweichenden Weiterbildungsgang eine in Inhalt und Umfang den Anforderungen in Abschnitt B entsprechende Qualifikation erworben haben, erhalten auf Antrag die Anerkennung durch die Kammer, wenn die Weiterbildung gleichwertig ist. Der Prüfungsausschuss prüft den Antrag und teilt der Kammer das Ergebnis der Prüfung mit. Fehlende Qualifikationsanteile können entsprechend § 15 Abs. 3 erworben werden.

(3) Eine vor In-Kraft-Treten der erstmaligen Normierung eines Bereiches nach Abschnitt B dieser Satzung begonnene, aber noch nicht abgeschlossene, von der Regelung des Bereichs in Abschnitt B abweichende Weiterbildung kann innerhalb von fünf Jahren nach In-Kraft-Treten unter vollständiger

oder teilweiser Anrechnung der bisher abgeleisteten Weiterbildungszeiten nach den Vorschriften dieser Weiterbildungsordnung abgeschlossen werden. Über die Anrechnung der bisher abgeleisteten Weiterbildungszeiten entscheidet die Kammer.

(4) Sofern vor Einführung eines neuen Weiterbildungsbereiches keine vergleichbaren Weiterbildungen angeboten wurden, kann auf Antrag eine Anerkennung ausgesprochen werden, wenn der Antragssteller mindestens vier Jahre in einer entsprechenden praktischen Einrichtung tätig war und in dieser Zeit eingehende und besondere Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in diesem Bereich entsprechend Abschnitt B dieser Satzung erworben hat.

§ 16 Anerkennung ausländischer Weiterbildung

(1) Kammermitglieder, die als Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union ein in einem anderen Mitgliedsstaat als der Bundesrepublik Deutschland erworbenes fachbezogenes Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen fachbezogenen Befähigungsnachweis für einen Bereich besitzen, erhalten auf Antrag die Anerkennung und das Recht zum Führen einer entsprechenden Zusatzbezeichnung, wenn nach dieser Weiterbildungsordnung in diesem Bereich eine entsprechende Anerkennung möglich ist.

(2) Die von den Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union in einem der anderen Mitgliedsstaaten abgeleisteten Weiterbildungszeiten, die noch nicht zu einem Befähigungsnachweis gemäß Abs. 1 geführt haben, sind entsprechend § 15 Abs. 2 auf die im Geltungsbereich dieser Weiterbildungsordnung festgesetzten Weiterbildungszeiten ganz oder teilweise anzurechnen.

(3) Eine Weiterbildung im Ausland außerhalb eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union kann ganz oder teilweise angerechnet werden, wenn die Weiterbildung gleichwertig und eine Weiterbildungszeit von mindestens zwölf Monaten in dem angestrebten Bereich abgeleistet worden ist. Gleiches gilt für die Weiterbildung in einem Mitgliedsstaat der europäischen Union, wenn sie von einem Psychotherapeuten abgeleistet wurde, der nicht Staatsangehörige/r eines Mitgliedsstaates ist.

(4) Eine von Psychotherapeuten, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber zum Personenkreis des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz gehören, außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes abgeschlossene Weiterbildung ist anzuerkennen, wenn sie einer Weiterbildung nach Maßgabe dieser Weiterbildungsordnung gleichwertig ist. Bei nicht gleichwertiger oder nicht abgeschlossener Weiterbildung gilt für die Anrechnung von Weiterbildungszeiten § 15 Abs. 2 entsprechend.

§ 17 Widerruf der Zusatzbezeichnung

(1) Die Kammer kann die Anerkennung einer Zusatzbezeichnung widerrufen, wenn die für die Anerkennung erforderlichen Voraussetzungen nicht vorlagen oder entfallen sind. Vor der Entscheidung der Kammer ist das Kammermitglied zu hören.

(2) In dem Widerrufsbescheid ist festzulegen, welche Weiterbildungsabschnitte das betroffene Kammermitglied gegebenenfalls ableisten muss, um eine ordnungsgemäße Weiterbildung nachzuweisen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften der §§ 11 bis 13 entsprechend.

§ 18 In-Kraft-Treten

Diese Weiterbildungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Abschnitt B: Bereiche

Klinische Neuropsychologie

1. Definition

Der Bereich Klinische Neuropsychologie umfasst die Vorbeugung, Erkennung, Behandlung und Rehabilitation hirngeschädigter Patienten unter Einbezug ihrer familiären und beruflichen Situation. Dazu gehören insbesondere:

- die diagnostische Beurteilung der kognitiven und affektiven Funktionen, des Erlebens und Verhaltens und der Persönlichkeit der Patienten unter Berücksichtigung neurologischer, neuropsychiatrischer, neuroradiologischer und neurophysiologischer Befunde
- die Planung, Durchführung und Evaluation geeigneter neuropsychologischer Behandlungen einschließlich der Unterstützung bei der Krankheitsverarbeitung und der co-therapeutischen Einbeziehung des sozialen Umfelds der Patienten
- die Unterstützung von Maßnahmen zur schulischen oder beruflichen Reintegration
- die Erstellung neuropsychologischer Gutachten.

2. Weiterbildungsziel

Ziel der Weiterbildung im Bereich Klinische Neuropsychologie ist die Erlangung der Berechtigung zur Führung der Zusatzbezeichnung Klinische Neuropsychologie nach Ableistung der vorgeschriebenen Weiterbildungszeiten und Weiterbildungsinhalte sowie nach Bestehen der vorgeschriebenen Prüfung.

3. Voraussetzung zum Erwerb der Bezeichnung

Fundierte Kenntnisse in psychologischer Methodenlehre, psychologischer Diagnostik, allgemeiner Psychologie und Biopsychologie sind Voraussetzung für eine Weiterbildung in dem Bereich Neuropsychologie. Diese sind durch ein abgeschlossenes Studium der Psychologie an einer Universität oder einer gleichwertigen Hochschule nachgewiesen. Diese Kenntnisse können auch in einem Propädeutikum vor Beginn der Weiterbildung erworben werden. Inhalte und Umfang orientieren sich an der Rahmenprüfungsordnung der Psychologiestudiengänge. Entsprechende Vorkenntnisse aus anderen Studiengängen können angerechnet werden.

4. Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit

- Zwei Jahre klinische Tätigkeit in Vollzeittätigkeit oder in Teilzeittätigkeit entsprechend längerer Dauer auf Weiterbildungsstellen für Klinische Neuropsychologie oder klinischen Stellen. Davon ist mindestens ein Jahr in zur Weiterbildung zugelassenen stationären Einrichtungen der Neurologie oder Neurologischen Rehabilitation abzuleisten. Bis zu einem Jahr kann in einer zur Weiterbildung zugelassenen Praxis oder Ambulanz abgeleistet werden.
- Mindestens 100 Stunden fallbezogene Supervision durch zur Weiterbildung befugte Supervisoren.
- Mindestens 400 Stunden Theorie; davon mindestens 200 Unterrichtsstunden in externen, zur theoretischen Weiterbildung zugelassenen Weiterbildungsstätten außerhalb der stationären oder ambulanten Einrichtung, in der die klinische Tätigkeit absolviert wird.

5. Weiterbildungsinhalte

5.1 Theoretische Weiterbildung:

Curriculare Vermittlung von neuropsychologischen Kenntnissen der folgenden Inhalte:

5.1.1 Allgemeine Neuropsychologie

- Geschichte der klinischen Neuropsychologie, neuropsychologische Syndrome
- Medizinische und psychosoziale Versorgungssysteme, Organisationsstruktur des Arbeitsfeldes, Kooperation mit anderen Berufsgruppen bei der Behandlung neurologischer Patienten
- Neurologische Krankheitsbilder: Diagnostik, Verlauf, Therapie
- Funktionelle Neuroanatomie
- Untersuchungsansätze und statistische Methoden in der Neuropsychologie
- Neuroplastizität und neuropsychologische Interventionsansätze
- Theorie der Persönlichkeit, des Krankheitsverständnisses und der Behandlungstechniken in der Psychotherapie neuropsychologischer Störungen
- Pharmakologische Grundkenntnisse für Neuropsychologen

5.1.2 Spezielle Neuropsychologie

Psychotherapie, einschließlich Diagnostik neuropsychologischer Störungsbereiche, u. a.:

- Visuelle Wahrnehmung (u. a. Gesichtsfeldausfälle, Agnosien)
- Akustische, somatosensorische, olfaktorische Wahrnehmung
- Neglect
- Aufmerksamkeitsstörungen
- Gedächtnisstörungen
- Exekutive Störungen
- Störungen der Sprache (Neurolinguistik), einschließlich Rechenstörungen
- Motorische Störungen
- Affektive und emotionale Störungen nach Hirnschädigung
- Verhaltensstörungen nach Hirnschädigung
- Krankheitseinsicht und Krankheitsverarbeitung bei Patientinnen und Patienten mit erworbenen Hirnschädigungen
- Neuropsychologie des Kindes- und Jugendalters
- Neuropsychologie des höheren Lebensalters
- Soziale und berufliche Reintegration
- Neuropsychologische Dokumentation (Berichte, Gutachten, sozialmedizinische Beurteilungen).

5.2 Klinische Tätigkeit

Die klinische Tätigkeit umfasst bei Patienten mit unterschiedlichen Diagnosen insbesondere:

- die diagnostische Beurteilung der kognitiven Funktionen, des Erlebens und Verhaltens und der Persönlichkeit der Patienten unter Berücksichtigung neurologischer, neuroradiologischer und neurophysiologischer Befunde
- die Planung, Durchführung und Evaluation geeigneter neuropsychologischer Behandlungen einschließlich der Beratung und der therapeutischen Unterstützung bei der Krankheitsverarbeitung und unter co-therapeutischer Einbeziehung des sozialen Umfelds der Patienten
- die Unterstützung von Maßnahmen zur beruflichen Reintegration
- die Erstellung neuropsychologischer Gutachten.

5.3 Supervision

100 Stunden fallbezogene Supervision eigener Diagnostik und Behandlungen durch zur Weiterbildung befugte Supervisorinnen und Supervisoren zur:

- Reflexion des diagnostischen und therapeutischen Handelns im Hinblick auf die kurz- und langfristigen Behandlungs- und Rehabilitationsziele und
- Reflexion der verwendeten Methoden sowie der eigenen therapeutischen Rolle, auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit im interdisziplinären Team.

6. Zeugnisse, Nachweise und Prüfung

Dem Antrag auf Anerkennung der Weiterbildung nach § 9 sind beizufügen:

- Zeugnisse und Bescheinigungen über die abgeleistete Weiterbildungszeit und Weiterbildungsinhalte entsprechend § 8.
- Dokumentation von fünf differenzierten Falldarstellungen, aus denen neben der Darstellung der Ätiologie der Hirnfunktionsstörungen und gegebenenfalls der Lokalisation der Hirnschädigungen weitere relevante medizinische Daten, die neuropsychologische Diagnostik, die therapeutischen Maßnahmen, der Verlauf der Behandlung und deren Evaluation hervorgehen sollen. Dabei sollen unterschiedliche Störungsbereiche dargestellt werden. Von den fünf Kasuistiken sind zwei Begutachtungen (bzw. Darstellungen in Gutachtenform) einzureichen.
- Die Kasuistiken und Gutachten werden durch von der Kammer bestimmte Supervisorinnen oder Supervisoren beurteilt, die nicht an der Supervision der Begutachtung, Untersuchung oder Behandlung der Patienten beteiligt waren, die Gegenstand der Kasuistik oder Begutachtung sind.

7. Weiterbildungsbefugnis

Die Weiterbildungsbefugnis kann für einzelne oder mehrere Teile der Weiterbildung erteilt werden, sofern die Voraussetzungen gemäß § 6 Abs. 4 sowie die im Folgenden genannten, spezifischen Voraussetzungen erfüllt sind.

7.1 Befugnis für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit

Aufgaben

Den zum Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit Befugten obliegt die Bereitstellung der räumlichen, sachlichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung des Weiterbildungsteils Klinische Tätigkeit sowie die Verantwortung für die Durchführung dieses

Weiterbildungsteils.

Voraussetzungen

Voraussetzungen für die Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit sind in Ergänzung zu den in § 6 Abs. 4 und 5 genannten Voraussetzungen:

- Tätigkeit an einer zugelassenen Weiterbildungsstätte gemäß § 6 Abs. 2.

7.2 Befugnis für den Weiterbildungsteil Supervision

Aufgaben

Den zum Weiterbildungsteil Supervision Befugten obliegen die kontinuierliche fallbezogene Supervision der von den Weiterbildungsteilnehmern durchgeführten Untersuchungen und Behandlungen sowie die Begutachtung von Kasuistiken und neuropsychologischen Gutachten.

Voraussetzungen

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis für den Weiterbildungsteil Supervision entsprechen den in § 6 Abs. 4 und 5 genannten Kriterien.

7.3 Befugnis für den Weiterbildungsteil Theorie

Aufgaben

Den zum Weiterbildungsteil Theorie Befugten obliegt einzeln oder gemeinsam die Vermittlung der unter 5.1 genannten theoretischen Weiterbildungsinhalte. Die Befugten können im Rahmen von unter ihrer Leitung durchgeführten Lehrveranstaltungen für einzelne Inhalte entsprechend qualifizierte Dozentinnen und Dozenten hinzuziehen.

Voraussetzungen

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis für den Weiterbildungsteil Theorie entsprechen den in § 6 Abs. 4 und 5 genannten Kriterien.

8. Anforderungen an Weiterbildungsstätten

8.1 Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit

Zur Weiterbildung in dem Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit werden gemäß § 6 Abs. 2 zugelassen:

1. Stationäre Einrichtungen, die Patientinnen und Patienten mit neurologischen Erkrankungen über einen längeren Zeitraum behandeln und die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

a) Patientenversorgung

Der Indikationskatalog der Einrichtung sollte ein breites Spektrum von Erkrankungen und Verletzungen umfassen, die Hirnfunktionsstörungen zur Folge haben können. Die Einrichtung muss in der Regel einen großen Teil der entsprechenden Patientengruppen behandeln.

Die neuropsychologische Versorgung der Patienten muss die Tätigkeitsbereiche der Klinischen Neuropsychologie in wesentlichen Teilen umfassen, die unter Abschnitt 5. (Weiterbildungsinhalte) spezifiziert sind.

b) Struktur der Einrichtung

Die Weiterbildungsstätte muss über eine organisatorische Einheit (Abteilung, Bereich etc.) „Klinische Neuropsychologie“ verfügen, in der ein Psychotherapeut mit Berechtigung zur Führung der Schwerpunktbezeichnung „Klinische Neuropsychologie“ die Leitung der Weiterbildung innehat. Der Abteilung sollte zusätzlich mindestens eine ganztags tätige Neuropsychologin bzw. Neuropsychologe mit mindestens dreijähriger Erfahrung in Klinischer Neuropsychologie angehören.

Neben der neuropsychologischen Abteilung sollte die Einrichtung über folgende Abteilungen oder Bereiche verfügen:

- Krankengymnastik/ Physiotherapie
- Ergotherapie
- Neurolinguistik/Sprachtherapie
- Sozialdienst
- Medizin.

Alle an der Diagnostik und Behandlung beteiligten Berufsgruppen sollen als interdisziplinäres Team mit entsprechendem Informationsaustausch und inhaltlicher Abstimmung des Behandlungskonzepts zusammenarbeiten. Den Klinischen Neuropsychologinnen und -psychologen müssen alle Unterlagen und Daten der Patienten zugänglich sein.

c) Personelle Ausstattung der Einrichtung

Die personellen Strukturen der Einrichtung müssen so beschaffen sein, dass eine inhaltlich und organisatorisch den Vorgaben gemäße Weiterbildung gewährleistet ist.

Die Einrichtung und die Weiterbildungsbefugten sichern die ständige berufsbegleitende Fortbildung der an der Weiterbildung mitwirkenden Klinischen Neuropsychologinnen und Neuropsychologen zu.

Die Weiterbildungsstätten richten Weiterbildungsstellen für Klinische Neuropsychologie ein. Diese Stellen können nur befristet für Zwecke der Weiterbildung besetzt werden. Es können auch Teilzeitstellen (mindestens jedoch halbtags) eingerichtet werden. Die fachliche Betreuung der Weiterzubildenden, die Fallsupervision und eine hausinterne Weiterbildung im Sinne der unter 5. aufgeführten Weiterbildungsinhalte werden von der Weiterbildungsstätte und der bzw. dem Weiterbildungsbefugten sichergestellt. Weiterhin ist sicherzustellen, dass die Weiterzubildenden ausreichend Möglichkeit zur Teilnahme an externen Weiterbildungsveranstaltungen erhalten.

Bei der Bezahlung von Teilzeitstellen muss berücksichtigt werden, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen als Voraussetzungen für die Weiterbildung gewährleistet sind.

d) Technische und räumliche Ausstattung der Einrichtung

Die neuropsychologische Abteilung der Weiterbildungsstätte muss über eine Ausstattung verfügen, die eine neuropsychologische Tätigkeit in Diagnostik, Therapie und Betreuung nach dem neuesten Kenntnisstand zulässt.

Die technische und räumliche Ausstattung muss so beschaffen sein, dass eine inhaltlich und organisatorisch den Vorgaben gemäße Weiterbildung sichergestellt ist.

2. Kliniken mit Schwerpunkt oder Beschränkung auf eine bestimmte neurologische Erkrankung (z. B. MS-Kliniken) können bei Nachweis der übrigen Kriterien eine eingeschränkte Anerkennung für maximal zwölf Monate des Weiterbildungsteils Klinische Tätigkeit erhalten, wenn ein weiterer Teil der Klinischen Tätigkeit in einer stationären Einrichtung mit umfassenderem Diagnosespektrum abgeleistet wird. Ansonsten können dem Weiterbildungsteilnehmer lediglich sechs Monate angerechnet werden.

3. Ambulanzen oder Praxen niedergelassener Klinischer Neuropsychologen können eine eingeschränkte Anerkennung für maximal zwölf Monate des Weiterbildungsteils Klinische Tätigkeit erhalten. Wird ein Teil des Weiterbildungsteils Klinische Tätigkeit in einer ambulanten Einrichtung absolviert, kann dieser Teil auch berufsbegleitend durchgeführt werden.

4. Einrichtungen, die einzeln nicht die Kriterien für eine Anerkennung für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit erfüllen, können sich in Verbänden zusammenschließen. Diese Zusammenschlüsse können dann zugelassen werden, wenn sie gemeinsam die unter 8.1 in 1. a) bis 1. d) genannten Voraussetzungen erfüllen und es den Weiterzubildenden möglich ist, den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit entsprechend den Regelungen dieser Weiterbildungsordnung zu absolvieren. Die Weiterzubildenden müssen dabei an zwei der beteiligten Institutionen jeweils für ein Jahr beschäftigt sein.

8.2 Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Theorie

Als Weiterbildungsstätte für den Weiterbildungsteil Theorie können Einrichtungen oder Verbände anerkannt werden, die alle Teile der theoretischen Weiterbildung vorhalten und eine adäquate personelle, räumliche und materielle Ausstattung nachweisen.

9. Übergangsregelung

Abweichend von § 15 können nach Einführung des Weiterbildungsbereiches Klinische Neuropsychologie begonnene oder fortgesetzte Qualifizierungsmaßnahmen, die bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen werden, auf Antrag durch die Kammer anerkannt werden, wenn sie in Inhalt und Umfang den Anforderungen dieses Weiterbildungsganges gleichwertig sind.

10. Anrechnungsmöglichkeiten nach § 3 Abs. 6 WBO

Weiterbildungsteil Theorie

Theoretische Weiterbildungsinhalte können im Umfang von maximal 200 Stunden auf die Weiterbildung angerechnet werden, sofern sie den Anforderungen nach Abschnitt B, Ziffer 5.1 entsprechen und an einer anerkannten Weiterbildungsstätte erworben wurden.

Nachzuweisen sind

- die Inhalte und deren Umfang nach Ziffer 5.1., wobei sicherzustellen ist, dass im Rahmen der Weiterbildung die komplementären Gegenstände vermittelt worden sind,
- Vermittlung der theoretischen Weiterbildungsinhalte durch Personen, die die Anforderungen nach Ziffer 7.3 erfüllen.

Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit

Klinische Tätigkeit kann im Umfang von bis zu 12 Monaten in Vollzeit oder in Teilzeittätigkeit entsprechend längerer Dauer anerkannt werden. Davon muss mindestens ein halbes Jahr in einer nach § 6 Satz 2 als Weiterbildungsstätte anerkannten Klinik abgeleistet werden. Ein weiteres halbes Jahr kann in einer anerkannten Klinik oder in einer nach §6 Satz 2 zur Weiterbildung zugelassenen Praxis oder Ambulanz abgeleistet werden.

100 ambulante Behandlungsstunden in einer zur Weiterbildung zugelassenen Praxis oder Ambulanz entsprechen hierbei einer klinischen Tätigkeit im Umfang von 6 Monaten. Die klinische Tätigkeit muss den Anforderungen von Ziffer 5.2 entsprechen.

Nachzuweisen sind Dauer, Umfang und Inhalte der klinischen Tätigkeit, sowie begleitende Supervision.

Weiterbildungsteil Supervision

Fallbezogene Supervision kann im Umfang bis zu 25 Supervisionsstunden auf die Weiterbildung angerechnet werden, sofern diese den Anforderungen von Abschnitt B, Ziffer 5.3 entsprechen.

Im Rahmen der Weiterbildung können in allen Weiterbildungsteilen nur solche Tätigkeitszeiten/Tätigkeitsinhalte anerkannt werden, die zeitlich nach der Aufnahme einer Approbationsausbildung stattgefunden haben.

Approbationsvorbehalt

Die nach Ziffer 6 differenziert zu dokumentierenden fünf Fälle, bei denen die weiterzubildende Person die Behandlungsführung hat, sind erst nach Erteilung der Approbation zu beginnen.

Gesprächspsychotherapie

1. Definition

Die Gesprächspsychotherapie ist ein vom WB-PsychThG nach § 11 für die vertiefte Ausbildung empfohlenes Psychotherapieverfahren. Sie behandelt gestörte Selbstregulationsprozesse, die durch Inkongruenzen ausgelöst oder aufrechterhalten werden und zur Ausbildung von krankheitswertigen Symptomen und Verhaltensmustern führen. Inkongruenzen als Fokus der Behandlung in der Gesprächspsychotherapie entstehen durch einen jeweils spezifischen Mangel in der Übereinstimmung von Prozessen der organismischen Erfahrung und der Selbstwahrnehmung sowie zwischen verinnerlichten Werten und dem Selbstkonzept.

2. Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung in Gesprächspsychotherapie hat das Ziel, die theoretischen und praktischen Grundlagen der wissenschaftlichen Gesprächspsychotherapie zu vermitteln und die Weiterbildungskandidaten dazu zu befähigen, Patienten mit Störungen von Krankheitswert, bei denen Psychotherapie indiziert ist, in allen Indikationsbereichen fachgerecht zu behandeln. Dazu sind die Weiterbildungsteile theoretische Ausbildung, praktische Ausbildung einschließlich Supervision und Selbsterfahrung zu gewährleisten.

3. Voraussetzungen

Voraussetzung zur Teilnahme an der Weiterbildung sind:

- Approbation als PP
- Tätigkeit während der Weiterbildung mit mind. 50% klinisch-psychologischen Aufgabenstellungen, die eine gesprächspsychotherapeutische Vorgehensweise ermöglichen

4. Bestandteile der Weiterbildung

Die Weiterbildung ist curricular aufgebaut. Die Dauer beträgt mind. 2 Jahre und hat einen Umfang von insgesamt mind. 745 Stunden. Davon

- Mind. 240 Stunden Theoretische Weiterbildung
- Mind. 320 Stunden Praxis
- Mind. 80 Stunden Supervision
- Mind. 100 Stunden Selbsterfahrung

Die Durchführung der Weiterbildung soll sich an den Erkenntnissen und Qualitätsstandards einer modernen teilnehmerorientierten Erwachsenenbildung orientieren und vielfältigen Lernmöglichkeiten, den verschiedenen Lernstilen gerecht werden und individuell unterschiedliche Erfahrungen erlauben.

5. Weiterbildungsinhalte

5.1. Ziele und Inhalte der theoretischen Weiterbildung

(mindestens 240 Stunden)

Die theoretische Weiterbildung soll die Kenntnisse vermitteln, die die Basis für die Durchführung und Reflexion der praktischen geschäftspsychotherapeutischen Tätigkeit bilden.

Die Weiterbildung soll in Form von Vorlesungen, Seminaren (maximal 15 Teilnehmer) und praktischen Übungen in kleinen Gruppen stattfinden.

Sie umfasst die folgenden Anteile:

- Anthropologische Grundlagen und Entwicklung der Geschäftspsychotherapie in ihren verschiedenen Ausgestaltungen
- Menschenbild, Persönlichkeits- und Entwicklungstheorie des geschäftspsychotherapeutischen Ansatzes
- Grundhaltung der Geschäftspsychotherapie
- Therapietheorie: Therapieziel und Indikation, Therapieprozess-Merkmale (Definition und Operationalisierung), Organisations- und Durchführungsbedingungen
- spezifische Anamnese-Erhebung, Erst- und Abschlussgespräche, Therapieplanung: Indikation und Prognose, Fall-Konzeptualisierungen, Antragstellung und Berichterstattung
- Indikations-, Prozess- und Veränderungsdiagnostik (Evaluation) und Dokumentation
- Krankheits- und Störungsmodelle des geschäftspsychotherapeutischen Ansatzes
- Geschäftspsychotherapie bei ausgewählten Störungs- und Krankheitsgruppen
- Methoden in der Geschäftspsychotherapie (u.a. Focusing, Klärungsorientierte Psychotherapie)
- Die Bedeutung der psychotherapeutischen Beziehungsgestaltung und die Wirkung der Persönlichkeit des/r Psychotherapeuten/in
- Differentielle Psychotherapeutische Prozessgestaltung
- Indikation und Erfolgsbeurteilung verschiedener Behandlungsmethoden und Behandlungssettings (Einzel-, Gruppen- und Paar-/Familientherapie, Personenzentrierte Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen)
- Geschäftspsychotherapie unter stationären Bedingungen

5.2. Ziele und Inhalte der praktischen Weiterbildung

(mindestens 320 Stunden)

Die praktische Weiterbildung (Patientenbehandlungen) dient dem Erwerb und der Vertiefung von Kenntnissen und praktischen Kompetenzen bei der Behandlung von Patienten. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Weiterbildungsteilnehmer über ein breites Spektrum von krankheitswertigen Störungen, eingehende Kenntnisse und Erfahrungen erwerben können.

Die praktische Behandlungserfahrung soll mindestens 320 Behandlungsstunden unter Supervision mit mindestens je 2 Langzeit- und 2 Kurzzeittherapien umfassen. Langzeittherapien sollen mindestens 45 Stunden, Kurzzeittherapien höchstens 30 Stunden umfassen.

5 Behandlungsfälle sind ausführlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes zu dokumentieren.

Die schriftlichen Falldokumentationen als Abschluss der Weiterbildung sollen die wissenschaftlichen

Erkenntnisse berücksichtigen, die Diagnostik, Indikationsstellung und Ergebnisevaluation einschließen, ein ätiologisch orientiertes Krankheitsverständnis nachweisen sowie den Behandlungsverlauf und die Behandlungsmethodik in Verbindung mit der Theorie darstellen.

5.3. Ziele und Inhalte der Supervision

(mindestens 80 Supervisionsstunden, von denen mindestens 30 Stunden als Einzelsupervision durchzuführen sind. Bei Gruppen-Supervisionen besteht die Gruppe aus vier bis sechs Teilnehmern.)

Die Supervision soll fortlaufend erfolgen. Sie dient der Reflexion und Verbesserung der diagnostischen und indikativen Entscheidungen sowie des psychotherapeutischen Handelns.

Neben der Kontrolle der Umsetzung des theoretischen Wissens und der Qualität der praktischen Fertigkeiten geht es auch um die Auseinandersetzung mit dem persönlichen Psychotherapiestil der Weiterbildungsteilnehmer, mit ihren individuellen Handlungs- und Beziehungsmustern. Die biografischen und persönlichkeitsbedingten Hintergründe sind in der Selbsterfahrung genauer zu bearbeiten.

5.4. Ziele und Inhalte der Selbsterfahrung

(mindestens 100 Stunden)

Die Selbsterfahrung findet hälftig als Einzelselbsterfahrung und als Gruppenselbsterfahrung mit maximal 8 Teilnehmern statt und bietet den Weiterbildungsteilnehmern die Möglichkeit zur individuellen Erfahrung von und mit geschäftspsychotherapeutischen Beziehungsangeboten. Sie dient unter inhaltlichem Aspekt insbesondere der Reflexion von Einstellungen, Verhaltensweisen und Persönlichkeitseigenschaften der Weiterbildungsteilnehmer, die für eine effiziente geschäftspsychotherapeutische Tätigkeit bedeutsam sind und fördert ggf. deren Entwicklung durch die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie.

6. Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen

Dem Antrag auf Anerkennung der Weiterbildung nach § 10 sind beizufügen:

- Zeugnisse und Bescheinigungen über die abgeleistete Weiterbildungszeit und Weiterbildungsinhalte entsprechend § 9.
- Dokumentation von fünf differenzierten Falldarstellungen (s. 5.2.)
Die Falldarstellungen werden durch von der Kammer bestimmte Supervisorinnen oder Supervisoren beurteilt, die nicht an der Supervision der Patienten beteiligt waren.

Der Abschluss (Prüfung) erfolgt durch ein Abschlusskolloquium.

7. Weiterbildungsbefugnisse

Die Weiterbildungsbefugnis kann für einzelne oder mehrere Teile der Weiterbildung erteilt werden, sofern die Voraussetzungen gemäß § 6 Abs. 4 sowie die im Folgenden genannten, spezifischen Voraussetzungen erfüllt sind.

7.1. Befugnis für den Weiterbildungsteil Supervision

Aufgaben:

Den zum Weiterbildungsteil Supervision Befugten obliegen die kontinuierliche fallbezogene Supervision der von den Weiterbildungsteilnehmern durchgeführten gesprächspsychotherapeutischen Behandlungen.

Voraussetzungen für die Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis für den Weiterbildungsteil Supervision sind in Ergänzung zu den in § 6 Abs. 4 genannten:

- Zertifikat einer Fachgesellschaft über die Anerkennung als Gesprächspsychotherapeut/in
- eine mindestens fünfjährige psychotherapeutische Tätigkeit in der Krankenbehandlung.

7.2. Befugnis für den Weiterbildungsteil Theorie und praktische Weiterbildung

Aufgaben:

Den zum Weiterbildungsteil Theorie Befugten obliegen einzeln oder gemeinsam die Vermittlung der unter 5.1 genannten theoretischen Weiterbildungsinhalte. Die Befugten können im Rahmen von unter ihrer Leitung durchgeführten Lehrveranstaltungen für einzelne Inhalte entsprechend qualifizierte Dozentinnen und Dozenten hinzuziehen.

Voraussetzungen für die Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis für den Weiterbildungsteil Theorie sind in Ergänzung zu den in § 6 Abs. 4 genannten:

- Zertifikat einer Fachgesellschaft über die Anerkennung als Gesprächspsychotherapeut/in
- Dozententätigkeit, schwerpunktmäßig im Fach personenzentrierte Psychotherapie oder das Zertifikat einer Fachgesellschaft für Gesprächspsychotherapie als Ausbilder/in.

7.3 Befugnis für den Weiterbildungsteil Selbsterfahrung

Voraussetzungen für die Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis für den Weiterbildungsteil Selbsterfahrung sind in Ergänzung zu den in § 6 genannten:

- das Zertifikat einer Fachgesellschaft über die Anerkennung als Gesprächspsychotherapeut/in
- eine mindestens fünfjährige psychotherapeutische Tätigkeit in der Krankenbehandlung.

Der Selbsterfahrungsleiter darf nicht identisch sein mit Supervisor oder Weiterbildungsleiter der praktischen und theoretischen Weiterbildung.

8. Anforderungen an Weiterbildungsstätten

8.1 Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit

Patientenbehandlungen können neben den in § 6 Abs. 2 genannten Stätten gemäß § 3 Abs. 5 auch in der Praxis des Weiterbildungskandidaten stattfinden.

8.2 Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Theorie

Als Weiterbildungsstätte für den Weiterbildungsteil Theorie können Einrichtungen oder Verbände anerkannt werden, die alle Teile der theoretischen Weiterbildung vorhalten und eine adäquate personelle, räumliche und materielle Ausstattung nachweisen.

Systemische Therapie

1. Definition

Die Systemische Therapie ist ein vom WBP (nach §11 PsychThG) anerkanntes psychotherapeutisches Verfahren, das wechselseitige intrapsychische (kognitiv-emotive) und biologisch-somatische Prozesse sowie interpersonelle Zusammenhänge von Individuen und Gruppen als wesentliche Aspekte von Systemen betrachtet. Die Elemente der jeweiligen Systeme und ihre wechselseitigen Beziehungen, sowohl unter struktureller als auch temporärer Perspektive, sind die Grundlage für die Diagnostik und Therapie von psychischen Erkrankungen. Systemische Therapie ist ausdrücklich nicht als Settingvariante der schwerpunktmäßig im Einzelsetting praktizierten psychotherapeutischen Richtlinienverfahren zu verstehen – auch wenn in der Systemischen Therapie typischerweise mehrere Personen miteinbezogen werden.

2. Weiterbildungsziel

Formal ist Ziel der Weiterbildung im Bereich Systemische Therapie die Erlangung der Berechtigung zur Führung der Zusatzbezeichnung „Systemische Therapie“ nach Ableistung des vorgeschriebenen Curriculums, Anerkennung der Zeugnisse und Nachweise sowie Bestehen der Prüfung.

Inhaltlich-fachlich ist das Ziel, die Weiterbildungskandidaten dazu zu befähigen, Störungen mit Krankheitswert, bei denen Psychotherapie indiziert erscheint (die in Systemischer Therapie als komplexe bio-psychoziale Phänomene konzeptualisiert werden), mithilfe spezifischer systemisch-psychotherapeutischer Methoden und Techniken, die auf den erkenntnistheoretischen Grundlagen des Verfahrens (moderne Systemtheorien, vor allem Selbstorganisationstheorien, und Konstruktivismus) basieren, heilkundlich fachgerecht zu behandeln.

3. Voraussetzungen (Eingangsvoraussetzungen)

- Approbation PP/KJP
- Approbationsbezogene Erwerbstätigkeit während der Weiterbildung mit mindestens 50% klinische Aufgabenstellungen, die eine systemisch-psychotherapeutische Vorgehensweise ermöglichen.

4. Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit

Der Weiterbildungsgang ist curricular aufgebaut. Die Regeldauer des Weiterbildungsganges beträgt mindestens zwei Jahre mit einer Mindestanzahl von 750 Stunden (1 Stunde = 1 UE = mind. 45 Min.). Ein Weiterbildungstag kann mit höchstens 10 Unterrichtseinheiten berechnet werden. Die Weiterbildung wird durch die zur Weiterbildung Befugten kontinuierlich und angemessen evaluiert. Die Weiterbildung ist so konzipiert, dass wesentliche Elemente systemischen Arbeitens (Muster- und Kontextorientierung, Lösungs- und Ressourcenorientierung, Auftrags- und Kundenorientierung, Beziehungs- und Kooperationsorientierung) durch deren didaktische Ausgestaltung bereits vermittelt werden.

Stundenumfang insgesamt 750. Davon:

- Mind. 240 Stunden theoretische Weiterbildung

- Mind. 280 Stunden praktische Weiterbildung (5 Falldokumentationen)
- Mind. 70 Stunden Supervision
- Mind. 100 Stunden Selbsterfahrung
- Mind. 60 Stunden Intervision/Peergroup

5. Weiterbildungsinhalte

5.1 Theoretische Weiterbildung

(mindestens 240 Stunden)

Folgende Inhalte definieren die theoretischen Grundlagen in Systemischer Therapie:

- Systemisches Basiswissen: Wissenschaftstheoretische und epistemologische Positionen, systemwissenschaftliche Grundlagen, familientherapeutische/ systemische Schulen und Schnittstellen zu anderen relevanten psychotherapeutischen Richtungen, Geschichte der Familientherapie / Systemischen Therapie, Einbeziehung von gesellschaftlichen und institutionellen Kontexten.
- Systemische Diagnostik: Systemische Modelle für die Beschreibung und Erklärung psychischer, psychosomatischer und körperlicher Symptome, von Konflikten und Problemen, von kommunikativen Mustern, Beziehungsstrukturen, Verarbeitungs- und Bewältigungsformen sowie für die Diagnostik von Ressourcen und Lösungskompetenzen.
- Therapeutischer Kontrakt: Therapeutische/beraterische Haltung, Indikations- und Kontextklärung, Aufbau, Entwicklung, Beendigung einer therapeutischen Beziehung, Kooperation mit Patienten, deren Angehörigen sowie mit anderen relevanten Akteuren im sozialen Kontext des Patienten, Anerkennung und Förderung der systemeigenen Ressourcen des Patienten, Reflexion der Rolle als Therapeut und des Arbeitskontextes.
- Systemische Methodik: Vermittlung und Training systemischer Interventionen, Techniken und Methoden, auch bezogen auf unterschiedliche Settings, Kontexte und Arbeitsfelder sowie auf Planung, Durchführung und Evaluation.

5.2 Praktischen Weiterbildung

(mindestens 280 Stunden)

Die praktische Weiterbildung (Patientenbehandlungen) dient dem Erwerb und der Vertiefung von Kenntnissen und praktischen Kompetenzen in der diagnostischen Beurteilung und der Behandlung von Patienten mit Störungen von Krankheitswert, bei denen Psychotherapie indiziert ist. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Weiterbildungsteilnehmer über ein breites Spektrum von krankheitswertigen Störungen, bei denen eine Psychotherapie indiziert ist, eingehende Kenntnisse und Erfahrungen erwerben.

Der Weiterbildungsteilnehmer führt mindestens jeweils einen Fall im Einzel-, Paar-, Familien- und anderem Mehr-Personen-Setting, unter begleitender Supervision, durch. Mindestens zwei Fälle sind sogenannte Langzeit-Kurzzeittherapien (Therapien mit mindestens 20 Doppelsitzungen (mind. 100 Minuten), die sich mindestens über 1 Jahr erstrecken).

Fünf Behandlungsfälle sind ausführlich zu dokumentieren. Diese während der Weiterbildung durchgeführten systemischen Psychotherapien werden unter Berücksichtigung der geltenden Datenschutzbestimmungen dokumentiert (Protokollierung des für die jeweilige Sitzung zentralen Prozesses und der Interventionen).

5.3 Supervision

(mindestens 70 Supervisionsstunden)

Die systemische Praxis wird kontinuierlich durch zur Weiterbildung befugte SupervisorInnen begleitet. Supervision dient der Reflexion des diagnostischen und systemischen Handelns sowie der therapeutischen Rolle unter Berücksichtigung des jeweiligen Kontextes.

40 Stunden sollen in der Gruppe stattfinden. Während der Weiterbildung sind zwei Arbeitssitzungen (Live, per Video oder Audio) in der Supervision vorzustellen.

5.4 Selbsterfahrung

(mindestens 100 Stunden)

Selbsterfahrung hat in Systemischer Psychotherapie einen sehr hohen Stellenwert. Selbsterfahrung in Systemischer Psychotherapie bezieht sich auf die Herkunftsfamilie sowie die aktuellen Lebens- und Berufskontexte. Das emotionale Durchdringen und Reflektieren des eigenen familiären und sozialen Eingebundenseins ist unabdingbar für systemtherapeutische Professionalität. Die Selbsterfahrung soll ein Familienrekonstruktionsseminar im Gruppensetting (mindestens 25 Stunden) beinhalten.

5.5 Intervision/Peergroup

(mindestens 60 Stunden)

In Systemischer Therapie haben Supervision und Intervision einen gleichrangigen Stellenwert. Es ist wichtig, dass der Weiterbildungsteilnehmer die Erfahrung macht, selbstorganisiert eigene therapeutische Kompetenzressourcen und jene von Kollegen zu mobilisieren.

6. Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen

Dem Antrag auf Anerkennung der Weiterbildung nach § 10 sind beizufügen:

- Zeugnisse und Bescheinigungen über die abgeleistete Weiterbildungszeit und Weiterbildungsinhalte entsprechend § 9
- Dokumentation von fünf Falldarstellungen (s. 5.2).

Der Abschluss (Prüfung) der Weiterbildung erfolgt durch eine schriftliche Abschlussarbeit und/oder ein Abschlusskolloquium.

7. Weiterbildungsbefugnisse

Die Weiterbildungsbefugnis kann für einzelne oder mehrere Teile der Weiterbildung erteilt werden, sofern die Voraussetzungen gemäß Abschnitt A § 6 Abs. 4 WBO erfüllt sind. -

Auf Antrag erhalten Psychotherapeuten,

- die von einer wissenschaftlichen Fachgesellschaft als LehrtherapeutInnen anerkannt sind, die Weiterbildungsbefugnis für den theoretischen und praktischen Weiterbildungsteil
- die von einer wissenschaftlichen Fachgesellschaft als SupervisorInnen anerkannt sind, die Weiterbildungsbefugnis für den Weiterbildungsteil Supervision.

Die Weiterbildungsbefugnis für Selbsterfahrung erhalten auf Antrag systemische Psychotherapeuten mit mindestens fünfjähriger psychotherapeutischer Praxis in der Krankenbehandlung. Der Selbsterfahrungsleiter darf nicht identisch sein mit Supervisor und Weiterbildungsleiter der praktischen und theoretischen Weiterbildung.

8. Anforderungen an Weiterbildungsstätten

8.1 Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Klinische Tätigkeit

Patientenbehandlungen können neben den in der WBO Abschnitt A § 6 Abs. 2 genannten Stätten gemäß § 3 Abs. 5 auch in der Praxis des Weiterbildungskandidaten stattfinden.

8.2 Weiterbildungsstätten für den Weiterbildungsteil Theorie

Als Weiterbildungsstätte für den Weiterbildungsteil Theorie können Einrichtungen oder Verbände anerkannt werden, die alle Teile der theoretischen Weiterbildung vorhalten und eine adäquate personelle, räumliche und materielle Ausstattung nachweisen.

Spezielle Schmerzpsychotherapie

1. Definition

Die spezielle Schmerzpsychotherapie beinhaltet die Diagnostik psychischer Merkmale, Ursachen und Auswirkungen von Schmerzempfindungen sowie die speziell auf Schmerz und seine neuroplastisch begründbaren Chronifizierungsprozesse ausgerichteten psychotherapeutischen Behandlungen.

2. Weiterbildungsziel

Ziel der Weiterbildung ist die Erlangung der Berechtigung zur Führung der Zusatzbezeichnung „Spezielle Schmerzpsychotherapie“. Die Weiterbildung soll Kenntnisse und Kompetenzen für eine wissenschaftlich fundierte psychologische Diagnostik und Therapie bei Patienten (Erwachsene und Kinder/Jugendliche) mit Schmerzen vermitteln. Weiter soll damit die Bereitschaft und Fähigkeit zur Kommunikation und Kooperation mit anderen in der Versorgung tätigen Berufsgruppen (z.B. Ärzten, Physiotherapeuten, Sozialarbeitern) gefördert werden.

3. Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit

Die Weiterbildung ist in einem der beiden Altersbereiche „Kinder und Jugendliche“ oder „Erwachsene“ oder in beiden Altersbereichen durchzuführen. Die Weiterbildung erstreckt sich über einen Zeitraum von mindestens 18 Monaten in zugelassenen Weiterbildungsstätten für Spezielle Schmerzpsychotherapie unter Anleitung eines in diesem Bereich weitergebildeten Weiterbildungsbefugten.

Die Weiterbildung in einem Altersbereich umfasst folgende Bestandteile:

- Mindestens 80 Stunden theoretische Weiterbildung
- Mindestens 160 Stunden praktische Weiterbildung
- Mindestens 20 Stunden Supervision
- Mindestens 40 Stunden Hospitation
- Mindestens 6 supervidierte Falldarstellungen
- Teilnahme an mindestens 12 interdisziplinären Schmerzkonferenzen oder Sitzungen interdisziplinär besetzter Qualitätszirkel

Wird die Weiterbildung in beiden Altersbereichen absolviert, umfasst sie folgende Bestandteile:

- Mindestens 112 Stunden theoretische Weiterbildung
- Mindestens 240 Stunden praktische Weiterbildung, davon jeweils mindestens 80 Stunden im jeweiligen Altersbereich
- Mindestens 30 Stunden Supervision
- Mindestens 40 Stunden Hospitation
- je 4 supervidierte Falldarstellungen pro Altersbereich
- Teilnahme an mindestens 12 interdisziplinären Schmerzkonferenzen oder Sitzungen interdisziplinär besetzter Qualitätszirkel

4. Weiterbildungsinhalte

4.1 Theoretische Weiterbildung

4.1.1 Allgemeine Grundlagen (mind. 44 Stunden)

- Biopsychosoziales Konzept (mind. 8 Stunden)
akute und chronische Schmerzen; psychologische Funktionen des Schmerzes, Einstellungen und Haltungen zum Schmerz; psychologische Risikofaktoren und Chronifizierungsmechanismen; Befund und Befinden; Epidemiologie von Schmerz; Wirksamkeit von Schmerzpsychotherapie
- Medizinische Grundlagen (mind. 8 Stunden)
einschließlich der funktionellen Anatomie von Schmerz und Schmerzverarbeitung; physiologische Chronifizierungsmechanismen; medizinische Diagnostik und medizinische Interventionsverfahren (invasive und nicht-invasive) von Schmerzerkrankungen; Pharmakotherapie des Schmerzes; spezielle Risiken der Opiode
- Krankheitsbilder und psychotherapeutische Interventionen (mind. 24 Stunden)
 - Akuter und chronischer Rückenschmerz: Symptomatik der Krankheitsbilder; störungsspezifische Krankheitsmodelle; Edukation interdisziplinäre Therapie; Pacing, quotenorientierte Belastungssteigerung und Abbau von Angst-Vermeidungsverhalten
 - Kopfschmerzen: Symptomatik der Krankheitsbilder; störungsspezifische Krankheitsmodelle; Edukation; interdisziplinäre Therapie; Triggermanagement; Biofeedback; Stressbewältigung; Rückfallprophylaxe bei medikamenteninduziertem Kopfschmerz
 - Neuropathischer Schmerz: Symptomatik der Krankheitsbilder; störungsspezifische Krankheitsmodelle; Edukation; interdisziplinäre Therapie; Stabilisierung und Aufbau von Akzeptanz; Bearbeitung des Körperbildes und Körperschemas; Spiegeltherapie; Resozialisierung
 - Tumorschmerz: Symptomatik der Krankheitsbilder; störungsspezifische Krankheitsmodelle; Edukation; interdisziplinäre Therapie; Trauerarbeit; Krankheitsverarbeitung; Einbezug der Angehörigen
 - Rheuma und Fibromyalgiesyndrom: Symptomatik der Krankheitsbilder; störungsspezifische Krankheitsmodelle; Edukation; interdisziplinäre Therapie; Visualisierungen; Aufbau von Akzeptanz und Achtsamkeit
 - chronischer Bauchschmerz, Reizdarmsyndrom
- Physiotherapeutische Methoden (4 Stunden)
Untersuchungsbefund; Edukation; Funktionsverbesserung über Ausdauertraining und Krafttraining; Mobilisationstechniken; Dehnungen; physikalische Maßnahmen; unterschiedliche Techniken wie Brunkow, PNF, manuelle Therapie

4.1.2 Weiterbildungsinhalte spezifisch für den Altersbereich „Erwachsene“ (mind. 36 Stunden)

- Interdisziplinarität (mind. 8 Stunden)
Beteiligte Berufsgruppen und Besonderheiten; Ziele in unterschiedlichen Settings; Rolle des Schmerzpsychotherapeuten im interdisziplinären Kontext; Organisationsformen; iatrogene und patientenbezogene Risikofaktoren; Medikamentenabhängigkeit: Epidemiologie; stationärer und ambulanter Medikamentenentzug; Rückfallprophylaxe
- Anamnese, Diagnostik und Therapieplanung (mind. 8 Stunden)
Schmerzpsychologische Exploration; Differentialdiagnose und differentielle Indikationsstellung; schmerzspezifische Fragebögen; MASK-P und schmerzrelevante F-Diagnosen; ICF; Fallkonzeption;

Einbezug von Angehörigen; Therapieplanung und -evaluation; Besonderheiten in der Schmerztherapie bei komorbiden psychischen und somatischen Störungen wie z.B. Depression und Angststörungen

- Verfahrensspezifische Ansätze (mind. 20 Stunden) – wahlweise je nach vorhandener Fachkunde, vertieftem Verfahren
 - Verhaltenstherapeutische Konzepte und Methoden: edukative, kognitive, verhaltensbezogene sowie emotionsbezogene Interventionen; Entspannung; Imagination
 - Psychodynamische Konzepte chronischer Schmerzen und ihrer Behandlung; Besonderheiten der Behandlungstechnik
 - Familiendynamische und systemische Ansätze zum Schmerzverständnis und Behandlung
 - Konzepte weiterer wissenschaftlich anerkannter Verfahren

4.1.3 Weiterbildungsinhalte spezifisch für den Altersbereich „Kinder und Jugendliche“ (mind. 36 Stunden)

- Definition, Ätiologie, Diagnostik und Klassifikation (mind. 8 Stunden)
Psychosoziale auslösende und aufrechterhaltende Faktoren des chronischen Schmerzes, entwicklungsbezogene Aspekte im Verständnis von Schmerzen, u.a. zur Schmerzwahrnehmung und zu elterlichen Reaktionen; Kennenlernen und Anwenden altersgerechter multimodaler Messmethoden zur Erfassung des chronischen Schmerzes; altersgerechte Klassifikationsmöglichkeiten:
 - aktueller Kenntnisstand zur Schmerzwahrnehmung, - erfassung und -verarbeitung und elterlichen Reaktionen von der frühen Kindheit bis ins junge Erwachsenenalter; Ätiologie chronischer Schmerzen im Kindes- und Jugendalter und altersgerechte Psychoedukation
 - multimodale Diagnostik anhand von Interviews, Fragebögen (Kind, Eltern) und Verhaltensbeobachtungen, szenisches Verstehen, Spielbeobachtung
 - Erfassung der Schmerzgeschichte
 - Differenzialdiagnose u. differentielle Indikationsstellung; Differenzierung zu depressiven, Angststörungen und zu Selbstverletzungen, Abgrenzung von traumabedingten Schmerzerscheinungen, Deprivation, Vernachlässigung, Eruiere evtl. Missbrauchs,
 - Diagnostik von komorbiden psychischen Erkrankungen (Diagnosechecklisten und/oder strukturierten klinischen Interviews und/oder Gespräch)
 - Störungsspezifische Klassifikationssysteme
 - Fallbasierte Anwendung des biopsychosozialen Modells, der diagnostischen Instrumente und der Klassifikation
- Psychotherapeutische Interventionen (mind. 28 Stunden) – wahlweise gewichtet nach Fachkunde, vertieftem Verfahren
Psychotherapeutische Interventionen entwicklungsbezogen für folgende Bereiche:
 - Verhaltenstherapeutische Konzepte: Modifikation der Störungskonzepte (z.B. Psychoedukation), der Schmerzwahrnehmung (Schmerzablenkung, Imaginationen, Schmerzdistanzierung), dysfunktionaler Kognitionen (z.B. Methoden der kognitiven Umstrukturierung), dysfunktionaler emotionaler Reaktionen (z.B. expositionsbasierte Verfahren); schmerzbezogenen Verhaltens (z.B. Aktivierung); Altersgerechte kognitive und schmerzakzeptanzbasierte Strategien;
 - Psychodynamische Konzepte chronischer Schmerzen und ihrer Behandlung, Besonderheiten der Behandlungstechnik
 - Familiendynamische und systemische Ansätze zum Schmerzverständnis und Behandlung
 - Konzepte weiterer wissenschaftlich anerkannter Verfahren
 - Besonderheiten der Anwendung von Entspannungstechniken
 - Besonderheiten in der Schmerztherapie bei komorbiden psychischen und somatischen

- Störungen wie z.B. Depression und Angststörungen
- Möglichkeiten der Kooperation und Delegation (Kinder- und Jugendpsychiatrie, Rehabilitation, Jugendamt)
 - Psychotherapeutische Interventionen für die Bezugspersonen für folgende Bereiche: Besonderheiten der Eltern-Patient Interaktion bei chronischen Schmerzen; Modifikation der elterlichen Störungskonzepte (z.B. Psychoedukation) und der dysfunktionalen elterlichen Reaktionen (z.B. spezifische Elterntrainings im Rahmen der kindlichen Therapie), Verstehen der interpersonalen familiären Interaktionsmuster und Kommunikationsstile/Familiendynamik; Schmerz in seiner kommunikativen und beziehungsregulierenden Funktion
 - Wissenschaftliche Evidenz der psychotherapeutischen Interventionen und Implementierung

4.2 Praktische Weiterbildung

Die praktische Weiterbildung dauert mindestens 18 Monate an zugelassenen Weiterbildungsstätten. Es ist zu gewährleisten, dass die Weiterbildungsteilnehmer für die Behandlung von Patienten mit Schmerzen über ein breites Spektrum von krankheitswertigen Störungen, bei denen eine Psychotherapie indiziert ist, eingehende Kenntnisse und Erfahrungen erwerben.

Es ist das gesamte Behandlungskonzept einer auf schmerztherapeutische Behandlung spezialisierten Einrichtung in Theorie und täglicher Praxis kennenzulernen, über insgesamt mindestens 40 Stunden nach Möglichkeit an 5 Tagen einer Arbeitswoche (Hospitation).

Für den jeweiligen Altersbereich (Kinder und Jugendliche/ Erwachsene) sind insgesamt mindestens 160 supervidierte Behandlungsstunden aus dem entsprechenden Altersbereich nachzuweisen.

Wird die Weiterbildung in beiden Altersbereichen absolviert, so sind insgesamt mindestens 240 Behandlungsstunden nachzuweisen, davon in jedem Altersbereich mindestens 80 Stunden

Im Altersbereich Kinder und Jugendliche sind von den nachzuweisenden supervidierten Behandlungsstunden immer mindestens 18 Stunden für eine Einbeziehung von relevanten Bezugspersonen zu verwenden.

4.3 Supervision (mindestens 20 Stunden à 45 Min.)

Mindestens 20 Stunden fallbezogene Supervision à 45 Minuten.

Ziel der Supervision ist die

- Reflexion des diagnostischen und therapeutischen Handelns im Hinblick auf die kurz- und langfristigen Behandlungsziele mit besonderem Fokus auf die schmerzpsychotherapeutischen Interventionen
- Reflexion der eigenen therapeutischen Rolle, der Rolle des Schmerzpsychotherapeuten im interdisziplinären Team und der verwendeten Methoden
- Reflexion eigener Lernerfahrungen in der Behandlung von Schmerzpatienten
- Reflexion der therapeutischen Beziehung.

Die fallbezogene Supervision hat mindestens jede 10. Therapiestunde zu erfolgen.

Wird die Weiterbildung in beiden Altersbereichen absolviert, so müssen insgesamt 30 Stunden Supervision nachgewiesen werden.

4.4 Falldokumentationen

Sechs supervidierte und abgeschlossene Behandlungsfälle mit Schmerzpatienten, die während der Weiterbildungszeit durchgeführt wurden, müssen nachgewiesen werden. Mindestens vier Falldokumentationen müssen sich auf Einzeltherapien beziehen. Jeder dokumentierte Behandlungsfall muss mindestens fünf Behandlungseinheiten umfassen.

Die Falldokumentationen sollen folgende Punkte beinhalten: Anamnese, Krankheitsentwicklung, psychischer Befund, relevante somatische Befunde, Verhaltensanalyse/Psychodynamik, Diagnosen, Therapieziele, Behandlungsplan, Prognose, Therapieverlauf und Behandlungsergebnisse, Kurzreflexion aus schmerzpsychotherapeutischer Sicht. Der Umfang einer Falldokumentation sollte 4 – 5 Seiten betragen und kann bei besonders komplexen Fällen den Umfang von fünf Seiten überschreiten.

Wird die Weiterbildung in beiden Altersbereichen absolviert, so sind aus jedem Altersbereich 4 Falldarstellungen zu erstellen.

4.5 Schmerzkonferenzen

Teilnahme an 12 interdisziplinären Schmerzkonferenzen.

Alternativ kann die Teilnahme an 12 Sitzungen interdisziplinär besetzter Qualitätszirkels anerkannt werden. Den Qualitätszirkeln sollen mindestens drei Fachdisziplinen angehören: Arzt, Psychotherapeut, Physiotherapeut oder anderer Gesundheitsfachberuf.

5. Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen

5.1 Antragstellung

Dem Antrag auf Anerkennung der Weiterbildung nach § 10 sind beizufügen:

- Zeugnisse und Bescheinigungen über die abgeleistete Weiterbildungszeit und Weiterbildungsinhalte entsprechend § 9,
- Dokumentation von sechs bzw. acht Behandlungsfällen (Falldarstellungen, siehe 4.4).

5.2 Prüfung

Die Kammer prüft die vorgelegten Zeugnisse und Nachweise entsprechend § 12 Absatz 1.

Die Falldarstellungen werden durch den Prüfungsausschuss beurteilt. Eine mündliche Prüfung ist nur dann erforderlich, wenn die vorgelegten Zeugnisse und Nachweise zur Bewertung des Erwerbs der eingehenden und besonderen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in dem Bereich nicht ausreichen. Über die Erforderlichkeit einer mündlichen Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuss. Im Übrigen gelten die §§ 12 bis 14. Ist eine mündliche Prüfung nicht erforderlich und der Erwerb der eingehenden und besonderen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in dem Bereich nachgewiesen, stellt die Kammer dem Antragsteller die Urkunde nach § 13 Absatz 2 aus.

6. Anforderungen an Weiterbildungsstätten

Zur Weiterbildung in dem Weiterbildungsteil Praktische Weiterbildung werden gemäß § 6 Absatz 2

zugelassen: Einrichtungen der ambulanten, teilstationären und/oder stationären Versorgung von Patienten mit Schmerzen, die auf den Schmerz bezogene psychotherapeutische Behandlungen durchführen und ein breites Spektrum von krankheitswertigen psychischen Störungen im Zusammenhang mit der Schmerzerkrankung behandeln.

7. Übergangsbestimmungen

Die Übergangsregelung gemäß § 15 Absatz 4 gilt für einen Zeitraum von maximal sechs Jahren ab Inkrafttreten der Änderung dieser Weiterbildungsordnung, mit der erstmalig der Bereich „spezielle Schmerzpsychotherapie“ in Abschnitt B dieser Weiterbildungsordnung aufgenommen wurde.

Sozialmedizin

1. Definition

Die Zusatzweiterbildung Sozialmedizin umfasst die Bewertung von Art und Umfang gesundheitlicher Störungen, bei denen Psychotherapie indiziert ist, und deren Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und die Teilhabe an Lebensbereichen unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Krankheit, Gesundheit, Individuum und Gesellschaft sowie deren Einordnung in die Rahmenbedingungen der sozialen Sicherungssysteme und die diesbezügliche Beratung der Sozialleistungsträger.

2. Weiterbildungsziel

Ziel der Weiterbildung ist das Erlangen der Berechtigung zum Führen der Zusatzbezeichnung „Sozialmedizin“ nach Ableistung der vorgeschriebenen Weiterbildungszeiten und Weiterbildungsinhalte sowie nach Bestehen der vorgeschriebenen Prüfung. Die Weiterbildung soll Kenntnisse übergreifender Inhalte der Sozialmedizin, der sozialen Sicherungssysteme und Versorgungsstrukturen, der Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation, der arbeitsmedizinischen und -psychologischen Grundlagen und der Beurteilungskriterien bei ausgewählten Krankheitsgruppen vermitteln sowie Kompetenzen zu deren Anwendung in psychotherapeutischen Stellungnahmen und Gutachten.

3. Bestandteile der Weiterbildung und Weiterbildungszeit

Die Weiterbildung erstreckt sich über einen Zeitraum von mindestens 18 Monaten und umfasst folgende Bestandteile:

- mindestens 320 Stunden theoretische Weiterbildung
- mindestens 18 Stunden Supervision
- mindestens 60 Leistungspunkte aus Begutachtungen zu sozialmedizinischen Fragestellungen
- mindestens 6 Begehungen von Einrichtungen
- eine eintägige Teilnahme an öffentlichen Sitzungen beim Sozialgericht oder Landessozialgericht

4. Weiterbildungsinhalte

4.1 Theoretische Weiterbildung

4.1.1 Übergreifende Inhalte der Zusatzweiterbildung Sozialmedizin

- ethische und juristische Aspekte für die Tätigkeit als Sachverständige
- Begriffsbestimmung und Konzepte der Sozial- und Rehabilitationsmedizin einschließlich der Behindertenrechtskonvention der UN
- Begriffsdefinitionen und Abgrenzung der Gesundheitsstrategien Prävention, Kuration, Rehabilitation und Pflege

4.1.2 Soziale Sicherungssysteme und Versorgungsstrukturen

- Prinzipien des Gesundheits- und Sozialsystems und deren Interaktion
- Epidemiologie, Dokumentation, Statistik und Gesundheitsberichterstattung
- Sozialleistungsträger und ihre Aufgaben und Schnittstellen gemäß Sozialgesetzbuch

- Strukturen und Aufgaben privater Versicherungen zur sozialen Absicherung

4.1.3 Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation

- Leistungsarten und Leistungsformen einschließlich Modelle der Prävention und Gesundheitsförderung
- Organisationen und Institutionen in der Rehabilitation einschließlich Einrichtungen der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation
- Theoriemodelle der Rehabilitation und Grundlagen der internationalen Richtlinien und Empfehlungen zu Behinderung und Rehabilitation

4.1.4 Arbeitsmedizinische und arbeitspsychologische Grundlagen

- Grundlagen und Aufgaben der Arbeitsmedizin und Arbeitspsychologie
- Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Erkrankungen und Gefährdungen
- Anforderungsprofile häufiger beruflicher Tätigkeiten

4.1.5 Sozialmedizinische Begutachtung

- Grundlagen psychotherapeutischer Begutachtung unter Berücksichtigung sozialmedizinisch relevanter leistungsrechtlicher Begriffe und Vorgaben
- trägerspezifische und trägerübergreifende Begutachtung
- Unterscheidung kausaler und finaler Gutachten
- rechtliche Vorgaben bei der Erstellung von Gutachten insbesondere zum Datenschutz, Haftungsrecht, Mitwirkung des Versicherten, Aufbau und Zuständigkeit in der Sozialgerichtsbarkeit

4.1.6 Beurteilungskriterien bei ausgewählten Krankheitsgruppen

- relevante diagnostische Verfahren für die Leistungsbeurteilung bei ausgewählten Krankheitsgruppen

4.2 Praktische Weiterbildung

Die praktische Weiterbildung dauert mindestens 18 Monate unter Supervision.

Ziele der praktischen Weiterbildung sind

- die Anwendung des biopsychosozialen Modells der WHO bei der Beurteilung von Funktionsfähigkeit unter Berücksichtigung von Kontextfaktoren sowie Erstellung von Funktionsdiagnosen
- die Anwendung des trägerübergreifenden Teilhabebegriffs und Steuerung von trägerspezifischen und trägerübergreifenden Teilhabeleistungen
- die Anwendung der gesetzlichen Vorschriften und leistungsrechtlichen Begriffe im gegliederten System der sozialen Sicherung
- die Beratung von Leistungsgewandelten im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit
- Begutachtungen zu sozialmedizinischen Fragestellungen für Sozialleistungsträger sowie für Privatversicherungen im Zusammenhang mit Fragestellungen aus dem jeweiligen Rechtsgebiet, z. B. zur Arbeitsunfähigkeit, zum erwerbsbezogenen Leistungsvermögen, zu Teilhabeleistungen, oder eine Zusammenhangsbeurteilung einer oder mehrerer potenzieller Ursachen mit einer Gesundheitsstörung (Kausalitätsbeurteilung)
- fallbezogenes Schnittstellenmanagement bei Zuständigkeitswechsel des Sozialleistungsträgers

- die Beurteilung der psychischen Funktionsfähigkeit einschließlich Beratung von Versicherten und Leistungsträgern

Es sind durch Begehung von 6 Einrichtungen sozialmedizinische Aspekte kennenzulernen, darunter mindestens zwei Rehabilitationseinrichtungen. Weitere mögliche Einrichtungen sind Betriebe, Berufsförderungswerke, Einrichtungen der sozialen Rehabilitation sowie weitere Einrichtungen mit sozialmedizinischem Bezug.

Bestandteil der praktischen Weiterbildung ist darüber hinaus eine eintägige Teilnahme an öffentlichen Sitzungen beim Sozialgericht oder Landessozialgericht.

4.3 Supervision (18 Stunden à 45 Min.)

Mindestens 18 Stunden kontinuierliche Supervision à 45 Minuten.

Ziel der Supervision ist die Reflexion des psychotherapeutischen Handelns im Hinblick auf die kurz- und langfristigen Ziele mit besonderem Fokus auf sozialmedizinische Fragestellungen.

4.4 Begutachtungen

60 Leistungspunkte aus Begutachtungen zu sozialmedizinischen Fragestellungen, die nachgewiesen werden können durch

4.4.1 Gutachtenerstellung mit Aktensichtung und Befragung/Untersuchung (je 6 Leistungspunkte)

4.4.2 Befundberichte mit sozialrechtlich wesentlicher Bewertung bzw. mit Beantwortung einer entsprechenden Fragestellung (je 2 Leistungspunkte)

4.4.3 Stellungnahmen (je 1 Leistungspunkt)

und jeweils mit den genannten Leistungspunkten auf die Summe der geforderten 60 Leistungspunkte anzurechnen sind, wobei mindestens 10 Leistungen aus 4.4.1 und/oder 4.4.2 nachzuweisen sind.

4.4.4 Begriffsbestimmungen zu den unterschiedlichen Begutachtungen

Gutachten basieren auf den vom Auftraggeber übergebenen Unterlagen und auf einer eigenen eingehenden Untersuchung. Die erhobenen Befunde und die zur Verfügung gestellten Informationen sind auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnis und psychotherapeutischen Erfahrungswissens im Hinblick auf rechtlich erhebliche Fragestellungen des Auftraggebers so zu bewerten, dass dem Auftraggeber damit eine rechtliche Entscheidung ermöglicht wird.

Ein Befundbericht ist eine zusammenfassende, möglichst objektive Darstellung der Ergebnisse einer psychotherapeutischen Untersuchung. In einem reinen Befundbericht werden keine im Hinblick auf eine rechtliche Entscheidung zu treffenden gutachterlichen Einschätzungen, Bewertungen oder Vermutungen vorgenommen. Um für die praktische Weiterbildung in Sozialmedizin angerechnet zu werden, müssen aus der Befundung bzw. dem Befundbericht begründete Einschätzungen und Bewertungen zu sozialrechtlich relevanten Fragestellungen abgeleitet werden.

In einer Stellungnahme wird ohne eigene Befundung ausschließlich nach Aktenlage zu einem vorgelegten Sachverhalt und in der Regel einer damit verbundenen Fragestellung Stellung genommen.

5. Zeugnisse, Nachweise und Prüfungen

Dem Antrag auf Anerkennung der Weiterbildung nach § 10 sind beizufügen:

- Bescheinigungen über die abgeleistete Weiterbildungszeit und Weiterbildungsinhalte entsprechend 4.1 bis 4.3,
- Nachweise der erstellten Begutachtungen aus 4.4

6. Anforderungen an Weiterbildungsstätten

Zur Weiterbildung in dem Weiterbildungsteil Praktische Weiterbildung werden gemäß § 6 Absatz 2 zugelassen: Einrichtungen, in denen ein breites Spektrum von Störungen, bei denen Psychotherapie indiziert ist, im sozialmedizinischen Zusammenhang beurteilt wird.

7. Übergangsbestimmungen

Die Übergangsregelung gemäß § 15 Absatz 4 gilt für einen Zeitraum von maximal sechs Jahren ab Inkrafttreten der Änderung dieser Weiterbildungsordnung, mit der erstmalig der Bereich „Sozialmedizin“ in Abschnitt B dieser Weiterbildungsordnung aufgenommen wurde.